

Brandenburgs Bildungspolitik im Wahlkampf: Parteienprogramme im Vergleich

Erfahren Sie, wie die Brandenburger Parteien vor der Landtagswahl 2024 ihre bildungspolitischen Ziele definieren – von Digitalisierung bis Inklusion.

Stand: 25.08.2024 08:15 Uhr

Im Vorfeld der Landtagswahl in Brandenburg im September 2024 wird die Bildungspolitik zum entscheidenden Thema, bei dem die verschiedenen Parteien divergente Ansichten vertreten. Insbesondere die Frage der Digitalisierung in Schulen und die zukünftige Gestaltung des Bildungssystems sorgen für hitzige Debatten. Während einige Parteien stärker auf traditionelle Werte setzen, drängen andere auf eine umfassende Reform und Modernisierung des Bildungsangebots.

AfD: Rückkehr zu traditionellen Bildungsteilen

Die AfD setzt in ihrem Wahlprogramm auf eine Rückbesinnung zu den klassischen Grundlagen der Bildung. Ein zentrales Ziel ist es, die Grundkenntnisse in den Fächern Deutsch und Mathematik zu stärken. Die Einführung einer Vorschule, die Stärkung der Grundschulen sowie die Forderung nach einer generellen Einschulung ab dem sechsten Lebensjahr stehen ebenfalls auf der Agenda. In einer radikalen Wendung wollen sie die erste Fremdsprache aus der Grundschule streichen, um den Fokus auf die Kernfächer zu legen. Des Weiteren spricht sich die AfD für die Schaffung digitalfreier Bildungsräume in den ersten

Schuljahren und eine Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem aus.

Mit einem klaren Bekenntnis zur Migrationsobergrenze an Schulen möchte die AfD die Integration verbessern und die Deutschkenntnisse von Neuzuwanderern fördern. Darüber hinaus wird ein Konzept zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs vorgestellt, um dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken.

SPD: Ganzheitlicher Ansatz für Bildung

Ein ganz anderes Bild zeichnet die SPD mit ihrem umfassenden Ansatz für die Bildungspolitik. Sie betont die Notwendigkeit, von der frühkindlichen Erziehung bis zur Hochschulbildung eine durchgängige Qualität zu gewährleisten. Ein zentrales Ziel ist es, die frühkindliche Bildung durch bessere Personalbesetzung und Fachkräftesicherung zu optimieren. Durch die Einführung verbindlicherer Lehrpläne soll zudem die Unterrichtsqualität gesteigert werden.

Ein Schwerpunkt der SPD liegt auch auf der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Darüber hinaus sieht das Programm vor, die Digitalisierung an Schulen voranzutreiben. Hierbei sollen digitale Geräte bereitgestellt und Künstliche Intelligenz in den Unterricht integriert werden. Die SPD möchte die Berufsschullehrerausbildung wieder einführen und den Jugendlichen ohne Perspektive bessere Chancen bieten.

Der Aufruf zur Chancengleichheit und zur Sicherstellung von Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Einkommen steht im Mittelpunkt der SPD-Agenda.

CDU: Stärkung der Grundkompetenzen

Die CDU konzentriert sich auf die Stärkung der Grundfertigkeiten in der Schule. Ihre Wahlversprechen umfassen eine

verpflichtende Vorschule und eine garantierte Förderung von Lesen, Schreiben und Rechnen bis zur vierten Klasse. Ein weiterer Antrag sieht vor, dass ab der dritten Klasse Noten für die Schüler verpflichtend werden, um die Leistungsbewertung zu fördern.

Darüber hinaus plant die CDU, die Digitalisierung in den Schulen zu puschen, einschließlich einer Verbesserung der IT-Infrastruktur und digitaler Lehrmittel. Gleichzeitig wird die Verbesserung des Lehrkräfteangebots thematisiert, unter anderem durch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Erhöhung der Studienplatzkapazitäten.

Jede Partei scheint die Ernsthaftigkeit der bildungspolitischen Herausforderungen zu erkennen, jedoch sind ihre Ansätze zur Umsetzung äußerst unterschiedlich und lassen auf einen spannenden Wahlkampf schließen.

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die bildungspolitischen Diskussionen in Brandenburg stehen vor dem Hintergrund einer zunehmend diversifizierten Gesellschaft. Migration und gesellschaftliche Veränderungen haben die Bildungslandschaft der letzten Jahre geprägt. Mit einem Anstieg der Schülerzahlen, insbesondere durch Zugewanderte, steht das Bildungssystem vor der Herausforderung, allen Kindern gleiche Chancen zu bieten. Die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund ist ein zentrales Thema, das alle Parteien in ihren Programmen ansprechen. So wurde etwa der Bedarf an qualifizierten Sprach- und Integrationskursen in Schulen hervorgehoben, um den Spracherwerb zu fördern und somit die Chancengleichheit zu verbessern.

Gleichzeitig bleibt der Fachkräftemangel in der Bildung ein wichtiger Aspekt. Viele Schulen in Brandenburg kämpfen mit einem Mangel an Lehrkräften, was sich negativ auf die Lernbedingungen auswirkt. Initiativen zur Lehrergewinnung und

-bindung sind in den wahlpolitischen Programmen der Parteien enthalten. Die Herausforderungen der Digitalisierung in Schulen werden zudem durch eine ungleiche Verteilung von finanziellen Mitteln und Ressourcen verstärkt. Es besteht ein dringender Bedarf, die digitale Infrastruktur zu verbessern und Lehrkräfte entsprechend zu schulen, um die digitale Kluft zu schließen und allen Schülern Zugang zu modernen Lernmitteln zu gewährleisten.

Aktuelle Statistiken zur Bildung in Brandenburg

Laut aktuellen Daten des Brandenburgischen Statistischen Landesamtes war im Schuljahr 2023/2024 die durchschnittliche Klassengröße in Grundschulen bei etwa 23,3 Schülern. Dies ist im Vergleich zu vorangegangenen Jahren ein Anstieg, was auf einen zunehmenden Druck auf die Bildungseinrichtungen hinweist.

Zusätzlich zeigen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach, dass etwa 58% der Brandenburger Eltern unzufrieden mit der digitalen Ausstattung ihrer Schulen sind. Der Wunsch nach besserem Zugang zu digitalen Lehrmitteln und einer intensiveren Schulung der Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Tools ist ein zentrales Anliegen vieler Eltern und hat in den politischen Debatten an Bedeutung gewonnen.

Des Weiteren bleibt die Bildungsfinanzierung ein kritisches Thema: Laut Bericht der OECD gibt Deutschland im Durchschnitt 5,2% des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus, während dieser Wert in anderen OECD-Staaten häufig höher ist. Dies suggeriert, dass es einen großen Handlungsbedarf gibt, um eine adäquate Finanzierung für die Bildung sicherzustellen, insbesondere in strukturschwachen Regionen wie Teilen Brandenburgs.

Historische Parallelen im Bildungsbereich

Wenn man die gegenwärtigen Diskussionen im Bildungssystem Brandenburgs betrachtet, lassen sich Parallelen zur Bildungspolitik in der Zeit nach der Wiedervereinigung ziehen. Damals galt es, die Bildungssysteme von Ost- und Westdeutschland zu vereinen und gleichzeitig die Qualität der Bildung zu sichern. Ähnlich wie heute standen auch in den 1990er Jahren Fragen der Chancengleichheit und der Integration von Schülern mit verschiedenen Hintergrundgeschichten im Vordergrund.

Die vergangenen Reformen waren oft geprägt von einer Vielzahl an Vorschlägen, die wiederum zu einem Flickenteppich an Regelungen führten. Die heutige Situation, in der Parteien unterschiedliche Schwerpunkte setzen und teils konträre Konzepte präsentieren, spiegelt diese Unsicherheiten wider. Ein weiterer Aspekt ist der technologische Fortschritt. In den 90er Jahren wurden Computer und digitale Medien mehr und mehr in den Unterricht integriert; viele Lehrkräfte waren jedoch unsicher im Umgang mit diesen neuen Technologien, was die digitale Bildung heute erneut in den Fokus rückt.

In allen diesen Phasen der Bildungspolitik wird sichtbar, wie wichtig es ist, einen einheitlichen und zielführenden Ansatz zu finden, der nicht nur die strukturellen Herausforderungen, sondern auch die inhaltlichen und sozialen Aspekte der Bildung adressiert.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de